

Alexandra Burgmaier, Landtagskandidatin

Direktkandidatin Rosenheim-West

Oberbayernkandidatin SPD-Liste, Platz 9

Bayerischer Landtag: Wahlen am 14.10.18



Positionspapier zum Brennernordzulauf

Meine Position: Eine oberirdische Hochgeschwindigkeitsbahntrasse durch unsere Heimat muss verhindert werden!

Zur Vorstellung der Grobtrassen:

Jeder der vorhandenen Korridorvorschläge wurde jetzt mit „1 plus X“ Grobtrassenvorschlägen bestückt. Das war zu erwarten und hat keine große Aussagekraft! In den Erläuterungen der Bahn zeigte sich: Die Ergebnisse der geologischen Untersuchungen wurden bei diesen „Grobtrassen“ noch nicht berücksichtigt, was insbesondere für den Aspekt „Untertunnelung“ von Bedeutung ist. Auch das Thema „Wirtschaftlichkeit“, das am Ende ausschlaggebend sein wird, hat bei dieser Auswahl keine Rolle gespielt. Und: Es geht im weiteren Planungsprozess nicht nur um die „Abschichtung“ von Trassenvorschlägen, sondern gleichzeitig sollen auch zusätzliche Trassenvorschläge, die bisher noch nicht berücksichtigt worden sind, entwickelt werden. Also sind wir fast so klug wie zuvor! Wenn wir vorankommen wollen, dann wird es an der Zeit, dass das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium endlich Antworten liefert: Wir brauchen realistische und belastbare Verkehrsschätzungen, die das „ob“ einer zusätzlichen Trasse nachvollziehbar klären. Und: Wir brauchen Aussagen zu flankierenden Maßnahmen, die die LKWs von der Straße auf die Schiene bringen bzw. dazu beitragen sollen, dass der Brenner-Transitverkehr durch die Verlagerung auf andere Grenzübergänge nachhaltig verringert wird.

Teile des Landkreises Rosenheim, insbesondere das Inntal, sind durch den LKW-Güterverkehr auf der Straße extrem belastet. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist grundsätzlich zu befürworten. Die Realitäten sehen allerdings ganz anders aus: In den letzten Jahren musste eine extreme Zunahme des LKW-Güterverkehrs auf der Autobahn verzeichnet werden. Eine zunehmende Rückverlagerung des Güterverkehrs von der Schiene zurück auf die Straße ist zu beobachten.

Verfehlte Verkehrspolitik beenden und Planungsprozess bürgernah gestalten!

Wir brauchen ein grenzüberschreitendes (Deutschland - Österreich) Verkehrskonzept, das die Belastungen für die Bevölkerung, insbesondere im Inntal, deutlich reduziert.

Dieses Verkehrskonzept sollte folgende Kernpunkte beinhalten:

- Schutz der Bevölkerung durch...
 - Verkehrsvermeidung (unnötigen Warenverkehr vermeiden, gleichmäßige Belastung aller Grenzübergänge)
 - max. aktiven und passiven Lärmschutz an der Bahn-Bestandsstrecke und der Autobahn
 - Verlagerung von LKW-Güterverkehr auf die Schiene
- Entwicklung und Ausübung von „flankierenden Maßnahmen“ (Dieselpreis, Brennermaut etc.), die zur Verkehrsvermeidung und zur Verlagerung des LKW-Güterverkehrs auf die Schiene beitragen.
- Erhebung von belastbaren und realistischen Verkehrsprognosen unter Berücksichtigung der Auswirkungen dieser „flankierenden Maßnahmen“ und der Auslastung der Bestandsstrecke.
- Berücksichtigung der technischen Innovationen im Bereich Elektromobilität und autonomes Fahren. (Realisierung einer neuen Bahntrasse wäre frühestens in 20 Jahren!)

Nur im Falle eines faktischen Nachweises durch die Verkehrsministerien, dass die Bestandsstrecke als Brennernordzulauf nicht ausreichend ist und dass eine deutliche Entlastung auf den Straßen für die Region erzielt werden kann, kann eine neue Bahntrasse (3. und 4. Gleis), die in allen Fällen einen schweren Einschnitt für Natur und Mensch in unserer Region bedeuten würde, ins Auge gefasst werden.

Falls es zu einer Realisierung einer neuen Trasse kommen sollte, ist bei der Umsetzung der maximale Schutz von Natur und Mensch vorzunehmen (minimaler Flächenverbrauch, maximale Untertunnelung, maximale Lärm-, Erschütterungs-, und Sichtschutzmaßnahmen). **Das Verkehrsministerium ist in diesem Fall aufgefordert, den Schutz der Region über den Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu stellen.** Von dem Vorhaben, dabei eine Hochgeschwindigkeitstrasse (Vmax. 230 km/h) zu realisieren, ist Abstand zu nehmen (zu hoher Flächenverbrauch, zu hohe Lärmbelastung).

Da die Notwendigkeit (wie oben aufgeführt) einer neuen Trasse noch nicht belegt ist, kann es sich bei den jetzigen Planungen (Grobtrassen) nur um eine „Vorratsplanung“ handeln. Hier ist es wichtig für alle in den Gemeindeforen Beteiligten, intensiv an dem Planungsprozess teilzunehmen, um – für den Fall der Realisierung – einen maximalen Schutz für Mensch und Natur in der Region zu erzielen.

Der Planungsprozess wurde bisher in Form einer „repräsentativen“ Bürgerbeteiligung vorgenommen, spätestens ab dem jetzigen Zeitpunkt (ab Veröffentlichung der Grobtrassen) ist eine „echte“ Bürgerbeteiligung notwendig (insbesondere Einbeziehung der Bürgerinitiativen) und sollte schnellstens realisiert werden.